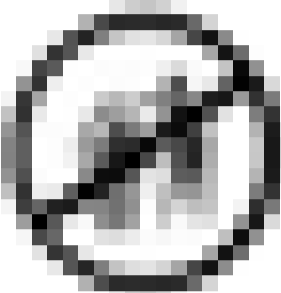


PETITION

Uni-e-s contre une immigration jetable

La société civile française mobilise, à travers cette pétition, contre la réforme du droit des migrant-e-s. La liste des premiers signataires va de l'Acat jusqu'aux Verts.



La nouvelle réforme du Code de l'entrée et du séjour des étrangers et du droit d'asile (Ceseda) conduit à une négation radicale des droits fondamentaux de la personne. Elle res-

treint encore plus radicalement le droit au séjour pour les familles, les conjoints, les enfants, de toutes celles et ceux qui construisent leur vie en France. Elle entérine la quasi-disparition de cet outil d'"intégration" qu'était la carte de résident. Elle s'attaque au séjour des malades étrangers.

Si ce projet est adopté, il ne fera pas bon s'aimer entre Français-e-s et étranger-e-s, vouloir vivre avec sa famille ou avoir des enfants. Pour ceux-là, la multiplication sans fin des conditions rendra l'espoir de la régularisation bien vain.

Le projet s'inscrit délibérément dans une perspective utilitariste. Le gouvernement affiche sa volonté d'aller piller les capacités et talents dans le monde. Ne sera "acceptable" que l'étranger perçu comme rentable pour l'économie française. Quant aux autres, ni leur situation personnelle, ni leur situation familiale ne leur conféreront désormais des droits, au point que les régularisations deviendront quasiment impossibles. Ce projet crée une nouvelle catégorie de travailleurs étrangers dont la durée du séjour est limitée au bon vouloir de leur patron. De plus, la suppression du droit à la délivrance d'un titre de séjour, pour les étrangers présents depuis au moins dix ans en France, les condamne à l'irrégularité perpétuelle. Le projet sélectionnera également beaucoup plus l'entrée des étudiants étrangers.

Quant aux étrangers en situation régulière, le droit de vivre en famille devient un exploit : le gouvernement prévoit de durcir les conditions du regroupement familial (ressources, logement, avis du maire sur l'"intégration" de la famille). Il jette la suspicion sur les pères étrangers d'enfants français, qui devront justifier de leur paternité.

A lire le nouveau projet gouvernemental sur l'immigration, pour espérer obtenir et conserver leur titre de séjour les étrangers devront cumulativement être "bien intégrés", bien vus par le maire de leur commune, en bonne entente avec leur conjoint, appréciés par leur patron, disposant d'un bon salaire et d'un grand logement.

Sachant qu'une réforme du droit d'asile devrait largement réduire les conditions d'octroi du statut de réfugié, c'est l'ensemble des droits des étrangers qui est en danger. Il est de la responsabilité de chacun d'entre nous de réagir. En stigmatisant les étrangers, le gouvernement tente de nous opposer les uns aux autres et il brade les libertés fondamentales.

Nous appelons donc à nous mobiliser contre la réforme Ceseda qui, si elle était adoptée, ferait des étrangers en France, réguliers ou irréguliers, une population de seconde zone, privée de droits, précarisée et livrée pieds et poings liés à l'arbitraire du patronat, de l'administration et du pouvoir.

www.contreimmigrationjetable.org

Manif contre une immigration jetable le 13 mai, 15 heures, Place de la République, Paris.

STEUERFLUCHT

Tax us if you can

Finanzzentren und Steueroasen spielen eine wichtige Rolle bei der Umverteilung von unten nach oben.

Eine Broschüre erklärt, warum dies Entwicklungsländer besonders hart trifft, und was dagegen zu tun ist. Auszüge aus der Einleitung.

Der Komplex Steuervermeidung, Steuerhinterziehung, Steuererwerb und Kapitalflucht ist ein globales Problem, mit dem sich Regierungen und Zivilgesellschaft in der kommenden Zeit auseinandersetzen müssen. Immer mehr Menschen wollen die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich nicht hinnehmen, und die internationale Gemeinschaft kommt unter immer stärkerem Druck, Armut in den Entwicklungsländern nachhaltig zu bekämpfen. In dieser Situation richtet sich die Aufmerksamkeit auf den wachsenden Anteil der weltweiten Vermögen, der in Steueroasen verwaltet wird und damit den nationalen Steuerbehörden unzugänglich ist.

Steueroasen sind nur ein Teil eines viel tiefer sitzenden Problems in der globalisierten Wirtschaft. Technologischer Fortschritt und die Liberalisierung der Kapitalmärkte seit den Achtzigerjahren ermöglichen es reichen Individuen und transnationalen Konzernen, ihr Geld auf der ganzen Welt ungehindert hin und her zu bewegen. Viele entscheiden sich für die Anlage ihres Vermögens beziehungsweise die Ausweisung ihrer Gewinne in Offshore-Gebieten, wo ihnen niedrigste oder Null-Steuersätze geboten werden. Die Märkte sind global geworden – die Steuersysteme aber müssen sich nach wie vor auf nationale Gesetze stützen. Versuche, die internationale Kooperation von Steuerbehörden zu verbessern, konnten bislang durch intensives Lobbying interessierter Kreise weitgehend verhindert werden.

Die Kapitalflucht in Steueroasen hat riesige Ausmaße angenommen. Im März 2005 veröffentlichte das Tax Justice Network (TJN) Forschungsergebnisse, denen zufolge 11,5 Billionen US-Dollar an Privatvermögen in Offshore-Zentren angelegt sind. Ein Großteil dieses Vermögens wird in ungefähr 70 Offshore-Gebieten – klassischen Steueroasen etwa in der Karibik oder im Ärmelkanal – verwaltet, um entweder Steuerzahlungen zu minimieren oder ihnen ganz aus dem Weg zu gehen. Diese Oasen sind übrigens in den meisten Fällen direkt oder indirekt an die großen Finanzzentren der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossenen Industrieländer angebunden.

Wenn das Einkommen aus diesen Vermögen in den Ländern versteuert würde, wo die Besitzer ihren Wohnsitz haben oder woher ihr Vermögen stammt, kämen jährlich ungefähr 255 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Steuereinnahmen zusammen – Geld, mit dem öffentliche Dienstleistungen und Investi-

tionen finanziert werden könnten. Diese Summe umfasst dabei noch nicht einmal Steuervermeidung durch transnationale Konzerne oder die Mindereinnahmen durch den Steuersenkungswettbewerb, den sich die Staaten untereinander liefern.

Zum Vergleich: im Bericht des UN-Millenniumsprojekts heißt es, dass eine Verdreifachung der weltweiten Entwicklungshilfe auf jährlich 195 Milliarden US-Dollar ausreichen würde, um die Zahl der Armen weltweit bis zum Jahre 2015 zu halbieren und Millionen vermeidbarer Todesfälle in armen Ländern zu verhindern.

Noch bis vor kurzer Zeit haben internationale Initiativen gegen Steueroasen und globale Steuerhinterziehung den besonderen Problemen der Entwicklungsländer in dieser Hinsicht nicht genug Beachtung geschenkt. Dies änderte sich erst im Juni 2000, als die entwicklungspolitische Organisation Oxfam einen Bericht über die schädlichen Auswirkungen von Steueroasen auf Entwicklungsländer vorlegte.

Dieser Bericht zeigt, dass die Folgen für den Süden besonders dramatisch sind. Steueroasen wirken sich in vielfältiger Weise auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer aus. Erstens animieren geheime Bankkonten und Offshore-Stiftungen bzw. Trusts vermögende Privathaushalte und Unternehmen zur Steuerflucht. Studien über Offshore-Vermögensbesitz haben gezeigt, dass reiche Individuen aus den Ländern des Südens einen wesentlich höheren Teil ihres Vermögens in Steueroasen anlegen als in Nordamerika oder Europa üblich. So wird geschätzt, dass mehr als 50 Prozent aller Barvermögen und Wertpapiere in Besitz reicher Privathaushalte in Lateinamerika in Offshore-Zentren angelegt sind. Im Nahen Osten beträgt diese Zahl sogar 70 Prozent.

Zweitens können transnationale Konzerne ihre Handels- und Investitionstätigkeit über fiktive Tochtergesellschaften in Steueroasen so strukturieren, dass sie einen bedeutenden Steuervorteil gegenüber der heimischen Konkurrenz erhalten. Durch diese einseitige Besteuerung haben kleinere, nicht grenzüberschreitend tätige Unternehmen gegenüber den großen Konzernen das Nachsehen. Angesichts dessen, dass die meisten Unternehmen in Entwicklungsländern nicht nur kleiner, sondern in der Regel auch mehr auf den heimischen Markt ausgerichtet sind als Unternehmen in den Industrieländern, verschafft die im Steuersystem eingebaute Ungleichheit multinationalen Unternehmen aus dem Norden unfaire Vorteile gegenüber den lokalen Konkurrenten in Entwicklungsländern.

Drittens bieten die in den Steueroasen tätigen globalen Finanzinstitute dank Bankgeheimnis und der Einrichtung von oft treuhänderisch verwalteten Stiftungen und Trusts eine sichere Deckung für Geldwäsche, etwa von Einkünften aus Korruption, Betrug, Unterschlagung, Waffenhandel und Drogenhandel. Die fehlende Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten trägt so unmittelbar zu einem weltweiten Anstieg von Verbrechen und Terrorismus bei, zur Bestechung (zumindest in Entwicklungsländern) unterbezahlter Beamter durch westliche Un-

ternehmen und zur Plünderung nationaler Ressourcen durch die wirtschaftlichen und politischen Eliten. (...)

Unter dem Druck von einerseits globalen Kapitalbewegungen und andererseits der Abwanderungsdrohung von Unternehmen, die geringere Auflagen und niedrigere Steuersätze fordern, haben Regierungen begonnen, sich gegenseitig einen Steuersenkungswettbewerb zu liefern. Auf diese Weise wollen sie Investitionskapital ins Land ziehen beziehungsweise dort halten. Manche Staaten mit begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten haben den Steuerwettbewerb nachgerade zu einem zentralen Bestandteil ihrer Entwicklungsstrategie gemacht. Werden Investitionen in die Niedrigsteuergelände gelockt, unterminiert dies die Wachstumsaussichten der anderen Länder. Es entsteht ein „race to the bottom“, ein Wettlauf nach unten. (...)

Diese Publikation will aufzeigen, wie Steuer-Ungerechtigkeit entsteht, wer die Akteure und Akteurinnen sind und vor allem wie sie zu bekämpfen ist. Da sich kein Steuersystem darauf verlassen kann oder sollte, dass die Steuerpflichtigen ihrer Zahlungspflicht nachkommen, fällt ein großer Teil der Verantwortung, gerechte Steuersysteme zu schaffen, auf die Regierungen. Sie müssen ein unparteiisches und transparentes Steuersystem schaffen, in dem jede Person – natürliche Personen und juristische Personen wie Unternehmen und Stiftungen – ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend besteuert wird, in dem Korruption konsequent bekämpft wird und in dem die Regierung über die Verwendung ihrer Einnahmen gegenüber der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig ist.

Dem Gerechtigkeitsanspruch widersprechen dagegen regressive Steuersysteme, die Geringverdienende relativ zum Einkommen stärker belasten als Besserverdienende, ebenso wie inkonsistente Steuersysteme, die beispielsweise ausländische Steuerzahler gegenüber inländischen bevorzugen oder Einkommen aus Kapital gegenüber Einkommen aus Arbeit. (...)

Aus ungerechten Steuerpraktiken erwachsen Kosten, die arme Menschen, insbesondere Frauen beziehungsweise Haushalte mit Kindern, am meisten belasten. Zusätzlich bedrohen sie unser Gesellschaftsgefüge und untergraben das wirtschaftliche Vertrauen in das Wirtschaftssystem. Die Welt kann sich solche Kosten nicht leisten. (...)

Tax Justice Network

Attac Luxemburg lädt ein zu einer öffentlichen Generalversammlung am Donnerstag, 18. Mai um 19h30 im Circolo "Eugenio Curjel", 107, route d'Esch, Luxemburg.

